

Seminararbeit

AGB Burgtheater Wien

Teresa Faustmann
h11801371

4152 Seminar aus BIS
SBWL Kurs V – Business Information Systems
LV-Leiter: Univ. Prof. Mag. Dr. Rony G. Flatscher
SS 2021

Wien, 01. Juni 2021

Eidesstaatliche Erklärung

Ich versichere / stimme zu:

1. dass ich die Arbeit selbstständig verfasst, andere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubten Hilfe bedient habe.
2. dass ich dieses Thema bisher weder im In- noch im Ausland (einer Beurteilerin/einem Beurteiler zur Begutachtung) in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe.

Mit der Unterschrift nehme ich zur Kenntnis, dass falsche Angaben studien- und strafrechtliche Konsequenzen haben können.

Staus Teresa

Abstract

Die Seminararbeit mit dem Titel „AGB Burgtheater Wien“ beschäftigt sich mit Verwaltungsgebühren, welche beim Kauf eines Abonnements des Burgtheater Wiens anfallen. Dabei wurde die Kostenwahrheit dieser Verwaltungsgebühren in Frage gestellt, da diese Gebühren bei der Bezahlung mittels Einziehungsauftrag entfallen würden. Mithilfe von relevanten Rechtsbereichen möchte man dieser Problematik auf den Grund gehen, wobei man zusätzlich klären möchte, ob es sich hierbei um Zahlscheingebühren handelt, welche in Österreich gerichtlich gesehen nicht erlaubt sind und somit rechtswidrig sind. Dazu werden die rechtlichen Grundlagen dargelegt und mit dem konkreten Fall verknüpft. Um diese Thematik zu veranschaulichen wurden ähnliche Unternehmen, welche ebenfalls in der Veranstaltungsbranche tätig sind, mit dem Burgtheater Wien verglichen. Es konnte herausgefunden werden, dass Zahlscheingebühren bezüglich des Burgtheaters vorliegen. Betreffend der Vergleichsunternehmen verwendet nur die Staatsoper Wien dieselben Gebühren, da diese ebenfalls eine Tochtergesellschaft der Bundestheater-Holding GmbH ist und somit ebenfalls mit der Culturall Handelsges.m.b.H, welche in diesem Verhältnis als Handelsvertreter fungiert, kooperiert. Als Schlussfolgerung in Bezugnahme auf die Forschungsfrage ergibt sich, dass rechtswidrige Zahlscheingebühren zulasten der KonsumentInnen verwirklicht sind.

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung	1
1.1 Inhaltlicher Überblick.....	1
1.2 Forschungsfrage	2
2 Bundestheater-Holding GmbH	2
3 Relevante Rechtsbereiche	4
3.1 Überblick relevanter Rechtsbereiche	4
3.1.1 Theorie Allgemeine Geschäftsbedingung	4
3.1.2 AGB Burgtheater	5
3.1.3 Der Handelsvertreter	6
3.1.4 Konsumentenschutzgesetz	8
3.1.5 Zahlungsdienstgesetz	10
3.2 Diskussion relevanter Rechtsbereiche.....	12
3.2.1 Darstellung der vorliegenden Rechnung des Burgtheaters.....	12
3.2.2 Verknüpfung Handelsvertretergesetz mit Burgtheater	14
3.2.3 Verknüpfung Konsumentenschutzgesetz mit Burgtheater	15
3.2.4 Verknüpfung Zahlungsdienstgesetz mit Burgtheater	16
4 Regelungen vergleichbarer Unternehmen.....	18
4.1 Auswahl der Unternehmen	18
4.1.1 Fußballverein FK Austria Wien.....	19
4.1.2 Kunsthistorisches Museum	20
4.1.3 Staatsoper Wien.....	22
4.1.4 Raimund Theater.....	24
4.2 Diskussion der Unternehmen mit Burgtheater	26
4.2.1 Vergleich FK Austria Wien mit Burgtheater.....	26
4.2.2 Vergleich Kunsthistorisches Museum mit Burgtheater.....	27
4.2.3 Vergleich Staatsoper Wien mit Burgtheater	27

4.2.4 Vergleich Raimund Theater mit Burgtheater	28
5 Fazit.....	28
5.1 Zusammenfassende Schlussbetrachtung.....	28
5.2 Ausblick.....	30
6 Literaturverzeichnis	31

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Konzernstruktur	3
Abbildung 2: Rechnung eines Abonnements	13

1 Einleitung

1.1 Inhaltlicher Überblick

Beim Burgtheater in Wien handelt es sich um ein österreichisches Bundestheater, welches sich im ersten Wiener Gemeindebezirk befindet. Möchte man im Burgtheater in den Genuss einer Theatervorführung kommen, besteht die Möglichkeit ein Abonnement zu kaufen. Bei der Bezahlung dieser Abonnements ist jede Zahlungsart vom Einziehungsauftrag, Kreditkarte bis hin zum Zahlschein erwünscht. Auffällig hierbei ist, dass die TheaterbesucherInnen mit einem sogenannten Vorteil belohnt werden, wenn diese die Bezahlung mittels Einziehungsauftrag genehmigen. Hierbei stellt sich die Frage, weshalb die BesucherInnen keine Verwaltungsgebühren zahlen müssen, wenn diese einen Einziehungsauftrag bewilligen. Wird eine andere Zahlungsart gewählt, dann müssen die KundInnen Verwaltungsgebühren in der Höhe von € 4,50 pro Karte bezahlen (Flatscher, 2015). Diese Anmerkung über die anfallenden Verwaltungsgebühren wird auch im sogenannten „FAQ des Festabonnement“ des Burgtheaters in Wien näher erläutert, indem angegeben wird, dass die jeweiligen BesucherInnen einen Vorteil durch einen Einziehungsauftrag erlangen können. Hierbei wird deutlich dargestellt, dass die Verwaltungsgebühren von € 4,50 pro Karte entfallen, wenn man den offiziellen Vertriebspartner Culturall einen Einziehungsauftrag bewilligt (Burgtheater, 2021).

Laut dem Burgtheater in Wien handelt es sich bei diesen Verwaltungsgebühren um einen Unkostenbeitrag, wobei diese für die allgemeine Abwicklung eines Abonnementagenden benötigt werden. Unter diesen allgemeinen Abwicklungen fallen alle möglichen Tätigkeiten, wie beispielsweise die Portokosten sowie die Überprüfung der Einzahlungen, an. Dabei wird zusätzlich von der Burgtheater GmbH begründet, dass die Nichtverrechnung der Verwaltungsgebühren durch die Bewilligung eines Einziehungsauftrages nach dem § 27 Abs 6 ZaDiG gehandelt wird, wodurch dies eine zulässige Ermäßigung darstellen soll (Flatscher, 2015a). Dabei ist kritisch zu hinterfragen, weshalb diese Kosten bei einem Einziehungsauftrag nicht anfallen, da hier ebenfalls allgemeine Abwicklungen von Abonnementagenden durchgeführt werden müssen. Durch einen Einziehungsauftrag werden keine zusätzlichen Kosten

gespart. Hier fallen desgleichen Portokosten an und auch der Zahlungseingang muss überprüft werden.

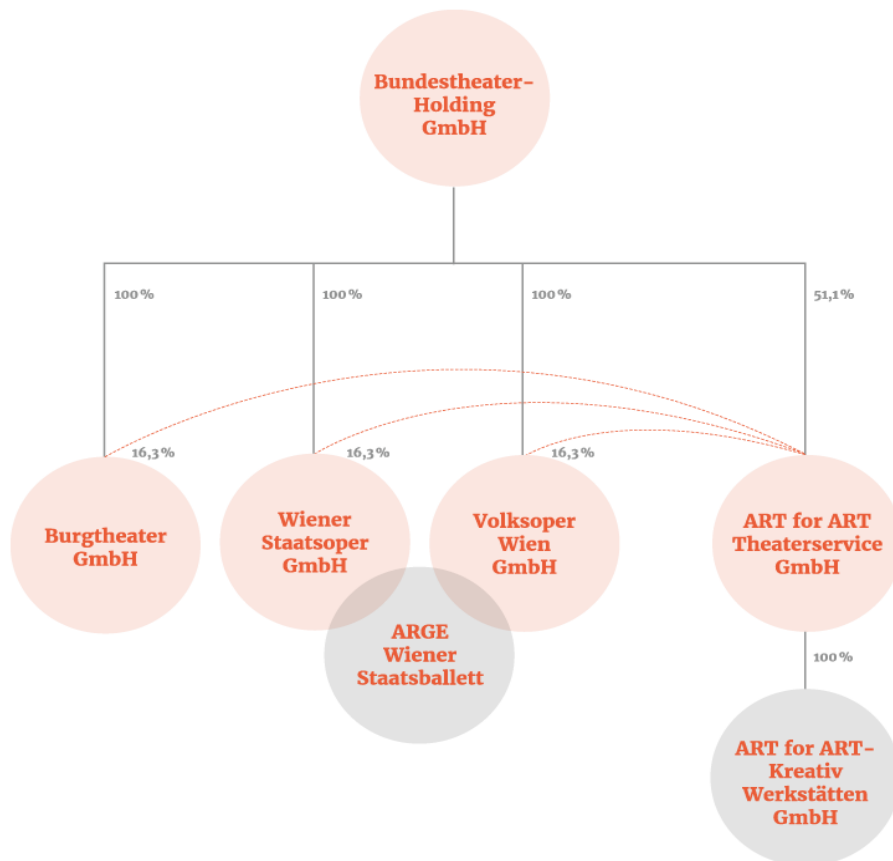
1.2 Forschungsfrage

Ziel dieser Seminararbeit ist es, anhand von gesetzlich relevanten Rechtsbereichen die Kostenwahrheit zu analysieren und kritisch zu hinterfragen. Mithilfe von unterschiedlichen gesetzlichen Rechtsbereichen, sollte geklärt werden, ob es sich bei diesen Verwaltungsgebühren eventuell um Zahlscheingebühren handelt, welche rechtlich gesehen in Österreich nicht erlaubt sind. In einem weiteren Abschnitt werden auch ähnliche Unternehmen, welche ebenfalls in der Veranstaltungsbranche tätig sind, mit den Burgtheater in Wien verglichen. Der Fokus liegt dabei, auf die verwendeten Bezahlungsmöglichkeiten der angeführten Unternehmen. Des Weiteren wird analysiert, ob diese vergleichbaren Unternehmen ebenfalls mit solchen zusätzlichen versteckten Kosten hantieren.

2 Bundestheater-Holding GmbH

Die Bundestheater-Holding GmbH ist für die Konzernleitung der Österreichischen Bundestheater zuständig. Wesentliche Hauptaufgaben der Bundestheater-Holding GmbH sind die strategische Führung der Tochtergesellschaften sowie die Koordination des konzernweiten Ticketing. Auch für die Finanzbuchhaltung, Personalverrechnung und für das Controlling ist die Bundestheater-Holding GmbH zuständig. Zu den Tochtergesellschaften der Bundestheater-Holding GmbH gehören die Burgtheater GmbH, die Wiener Staatsoper GmbH und die Volksoper Wien GmbH, welche unter den Begriff Bühnengesellschaften zusammengefasst werden. Zusätzlich gehören zu diesen Tochtergesellschaften auch noch das Wiener Staatsballett und die ART for ART Theaterservicegesellschaft (Bundestheater, 2021a). Dabei sollte man beachten, dass das Wiener Staatsballett ein Teil der Wiener Staatsoper und der Volksoper Wien ist, dennoch wird sie als eine eigenständige Arbeitsgemeinschaft gekennzeichnet. (Wiener Staatsoper, 2021a)

Abbildung 1: Konzernstruktur



Quelle: Bundestheater, 2021a

Die Bundestheater-Holding GmbH steht zu 100% im Eigentum der Republik Österreich und die einzelnen Bühnengesellschaften stehen zu 100% im Eigentum der Bundestheater-Holding GmbH, was in Abbildung 1 sehr gut dargestellt wird. Die Theaterservicegesellschaft ist dabei nur ein Bestandteil der Bundestheater-Holding GmbH und steht somit nur zu 51,1% in deren Eigentum. Die restlichen 48,9% werden auf den einzelnen Bühnengesellschaften aufgeteilt. Hierbei bekommt die Burgtheater Wien GmbH, die Wiener Staatsoper GmbH und die Volksoper Wien GmbH jeweils 16,3% Anteil an der ART for ART Theaterservicegesellschaft. Mithilfe der Abbildung 1 ist deutlich zu erkennen, dass auch die ART for ART Kreativ Werkstätten GmbH ein wesentlicher Bestandteil der Bundestheater-Holding GmbH ist. Bei einer genaueren Betrachtung wird deutlich, dass diese zu 100% im Eigentum der Theaterservicegesellschaft von ART for ART steht. Zusätzlich wird in der Abbildung 1 nochmals dargestellt, dass das Wiener Staatsballett zu den zwei Bühnengesellschaften, nämlich der Wiener Staatsoper und der Volksoper Wien, gehört (Bundestheater, 2021a).

3 Relevante Rechtsbereiche

3.1 Überblick relevanter Rechtsbereiche

Für die kritische Hinterfragung der Verwaltungsgebühren sowie auch für die Analyse der Kostenwahrheit ist es wichtig, dass man ein grobes Verständnis für die relevanten Rechtsbereiche sich aneignet. Infolgedessen werden jene Rechtsbereiche näher erläutert, welche einen Berührungspunkt zwischen dem Burgtheater Wien und den KonsumentInnen aufweisen. Dabei wird ein grober Überblick gegeben, was in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen, insbesondere den AGB des Burgtheaters erfasst wird. Zusätzlich wird in einem weiteren Abschnitt auf den Rechtsbereich eines Handelsvertreters eingegangen, da dieser einen sehr relevanten Berührungspunkt mit dem Burgtheater in Wien aufweist. Des Weiteren wird auch der Rechtsbereich für den Konsumenten näher erläutert, indem das Konsumentenschutzgesetz hier behandelt wird. Abschließend wird noch auf das Zahlungsdienstgesetz eingegangen, wodurch deutlich dargestellt wird, in welchen Bereichen das Zahlungsdienstgesetz in Anspruch genommen werden kann. Bereits das Burgtheater in Wien hat auf den § 27 Abs 6 des Zahlungsdienstgesetzes hingewiesen, welche eine zulässige Ermäßigung betreffend der Verwaltungsgebühren im Zusammenhang mit einem Einziehungsauftrag darstellen sollte. Deshalb wird in dieser Seminararbeit auf diesen Paragraphen näher eingegangen und dies bezugnehmend auf die Verwaltungsgebühren des Festabonnements analysiert.

3.1.1 Theorie Allgemeine Geschäftsbedingung

In der Allgemeinen Geschäftsbedingung werden vorformulierte Vertragsbedingungen festgelegt, welche mehrfach angewendet werden können. Damit eine AGB zu einem Vertragsinhalt wird, muss diese ausdrücklich mit der Vertragspartei vereinbart werden. Besonders wichtig hierbei ist, dass die KundInnen auf den jeweiligen Inhalt der AGBs zugreifen können. Wäre dies nicht der Fall, dann kann nicht davon ausgegangen werden, dass die VertragspartnerInnen mit den AGBs des Unternehmens einverstanden sind. Die Allgemeine Geschäftsbedingung ist für die KundInnen meistens nachteilig formuliert, da die AGB oft unverständlich und mehrdeutig verfasst wird. Dies führt dazu, dass die AGB-Klauseln von den KundInnen nicht richtig interpretiert werden. Mithilfe von bestimmten Regelungen, wie beispielsweise der

Geltungskontrolle, dem Transparenzgebot und der Inhaltskontrolle möchte man überprüfen, ob es sich hierbei um wirksame Klauseln handelt. Zusätzlich möchte man mit diesen speziellen Regelungen auch die KundInnen schützen. Im § 864a wird die Geltungskontrolle über den Inhalt der AGB festgelegt, welche besagt, dass ungewöhnliche Klauseln nicht zu einem Vertragsbestandteil werden, wenn diese dem Gegenüber einen Nachteil erbringen. Eine Ausnahme hierbei wäre, wenn das jeweilige Unternehmen, welches die Allgemeine Geschäftsbedingung festlegt, den KundInnen besonders auf diese ungewöhnliche Klausel aufmerksam macht (Perner et al., 2014, S. 67 f). In dieser Seminararbeit wird das Transparenzgebot, sowie die Inhaltskontrolle im Rahmen des Konsumentenschutzgesetzes näher erläutert, da diese Regelungen im Zusammenhang mit diesem Gesetzesbereich häufig Anwendung finden.

3.1.2 AGB Burgtheater

In den allgemeinen Geschäftsbedingungen des Burgtheaters in Wien werden alle Beziehungen zwischen der Bühnengesellschaft und den Theaterbesuchern geregelt. Die AGBs sind hierbei in unterschiedlichen Kategorien unterteilt. Im ersten Abschnitt werden all jene Geschäftsbedingungen dargestellt, welche den Kartenvertrieb mit den österreichischen Bundestheatern betreffen. Hierbei werden alle wesentlichen Informationen rund um den Kartenverkauf, Kartenpreis, Kartenerwerb und über die Rücknahme der Karten dargestellt. Zusätzlich werden im ersten Abschnitt der AGBs alle Informationen über das Widerrufsrecht abgebildet. Falls ein Widerrufsrecht in Anspruch genommen werden möchte, werden hier alle Voraussetzungen, welche für die Einreichungen notwendig sind, näher erläutert. Alle relevanten Auskünfte betreffend auf Änderungen oder Ausfällen von Theatervorstellungen findet man ebenfalls im ersten Abschnitt der AGBs. In den weiteren Abschnitten der Allgemeinen Geschäftsbedingungen werden alle Bedingungen für den Kommissionsverkauf, für die Bundestheatercard sowie für die allgemeine Hausordnung des Burgtheaters dargestellt.

Im ersten Abschnitt der AGBs werden alle wichtigen Informationen, welche den Kartenverkauf betreffen, dargestellt. Aus diesem Grund wird dieser Abschnitt eine stärkere Relevanz für diese Seminararbeit haben, da hier alle wesentlichen Faktoren behandelt werden, welche für die Forschungsfrage relevant sind. In den AGBs des

Burgtheaters in Wien wird deutlich gezeigt, dass für den Kartenverkauf die von den Bühnengesellschaften beauftragte ART for ART Theaterservice GmbH und die Culturall Handelsges.m.b.H, kurz genannt auch „ART for ART“ und „Culturall“ zuständig sind. Für die Festlegung der Kartenpreise ist die jeweilige Bühnengesellschaft, in unserem Fall die Burgtheater GmbH, zuständig. In den AGBs wird deutlich, dass die ART for ART Theaterservice GmbH sowie die Culturall im fremden Namen und auf fremder Rechnung tätig werden und ständig betraut sind. Bei der Culturall Handelsges.m.b.H handelt es sich hierbei um einen sogenannten Handelsvertreter, wobei dieser im Namen der Burgtheater GmbH tätig ist. Bei der ART for ART handelt es sich um keinen Handelsvertreter, da der Theaterservice ein Bestandteil der Bundestheater-Holding GmbH ist. Der Handelsvertreter Culturall und der ART for ART Theaterservice verrechnen laut dem AGB keine zusätzlichen Aufschläge. Dennoch kann die jeweilige Bühnengesellschaft, in unserem Fall das Burgtheater, abweichende Preise festlegen, wobei die Kartenpreise für die unterschiedlichen Abonnements von den geltenden Abonnementbedingungen des Burgtheaters abhängig sind (Burgtheater, 2021).

3.1.3 Der Handelsvertreter

Handelsvertreter bzw. Handelsagenten sind Unternehmen, welche für die Vermittlung und Abschließung von Geschäften für dessen Rechnung und Namen ständig betraut sind. (Kalss et al., 2017, S. 415) Wie bereits erwähnt, hat auch das Burgtheater Wien einen Handelsvertreter, nämlich die Culturall Handelsges.m.b.H., welche im Namen sowie auf Rechnung der Bühnengesellschaft ständig betraut ist. (Burgtheater, 2021) Es gibt viele unterschiedliche Merkmale, woran man erkennen kann, dass es sich um einen Handelsagenten handelt. Eine sehr wesentliche Eigenschaft ist, dass Handelsvertreter ihre Tätigkeiten selbstständig und gewerbsmäßig ausüben. Darunter versteht man, dass die Vertreter bei der Ausübung der jeweiligen Geschäftstätigkeiten nicht an den Anweisungen eines Unternehmens gebunden sind. Da es sich hierbei um ein separates Unternehmen handelt, welches nicht durch ein anderes Unternehmen gebunden ist, trägt somit der Handelsvertreter ein eigenes Unternehmensrisiko. In den meisten Fällen sind Handelsvertreter für mehrere Unternehmen zuständig, wobei sie immer mit den Geschäften des jeweiligen Unternehmens ständig betraut sind (Kalss et al., 2017, S. 415 f).

Die ART for ART Theaterservice GmbH ist ein wesentlicher Bestandteil der Bundestheater-Holding GmbH, somit kann ausgeschlossen werden, dass es sich hierbei um einen Handelsvertreter handelt. Im Gegensatz dazu wird deutlich dargestellt, dass die Culturall Handelsges.m.b.H keine Tochtergesellschaft der Holding ist. Dadurch kann abgeleitet werden, dass es sich somit um ein eigenes Unternehmen handelt, welches mit den Geschäften des Burgtheaters ständig betraut ist. Der Handelsvertreter Culturall ist nur für die Bühnengesellschaften, also für das Burgtheater, die Wiener Staatsoper und für die Volksoper Wien zuständig (Burgtheater, 2021).

Weitere Merkmale eines Handelsagenten sind, dass sie ständig mit den Geschäften eines Unternehmens vertraut sind. Außerdem sind die Handelsvertreter im fremden Namen und auf fremder Rechnung tätig (Kalss et al., 2017, S. 416). In unserem Fall ist der Handelsvertreter auf den Namen und auf der Rechnung des Burgtheaters in Wien tätig. (Burgtheater, 2021) Besonders wichtig ist es, dass der Handelsvertreter nicht mit einem Handelsmakler verwechselt werden darf. (Kalss et al., 2017, S. 416) Der wesentliche Unterschied hierbei ist, dass der Handelsvertreter in einem Dauerschuldverhältnis ist und ständig mit den Geschäften des jeweiligen Unternehmens betraut ist. Wobei der Handelsmakler im Gegensatz nicht ständig mit den Geschäften des Unternehmens betraut ist (Trappmaier, 2021).

Zusätzlich ist zu beachten, dass der Vertreter ein direkter Stellvertreter des Unternehmens ist und somit auch eine vereinbarte Vergütung in Form von einer Provision oder einer Gewinnbeteiligung vom Unternehmen bekommt. Der § 8 Abs 2 HVertrG besagt dabei, dass der Handelsvertreter immer eine Vergütung in Form einer Provision bekommt, wenn ein Geschäftsabschluss durch die Ausübungen des Handelsvertreters zustande gekommen ist. Da es sich hierbei um eine verdienstliche Tätigkeit handelt, tritt deshalb das Prinzip der Verdienstlichkeit in Kraft. Im § 9 Abs 1 wird die Wirksamkeit des vermittelten Rechtsgeschäftes nochmals explizit erläutert, welche besagt, dass der Anspruch auf eine Provision nur dann in Kraft tritt, wenn das Geschäft auch tatsächlich ausgeführt wird (Kalss et al., 2017, S. 419 f).

Dadurch kann festgestellt werden, dass der Handelsvertreter Culturall eine Vergütung in Form von einer Provision von den Bühnengesellschaften bekommt. Jedoch wird diese Provision nur dann ausbezahlt, wenn es sich um jenen Kartenverkauf handelt, wofür die Culturall Handelsges.m.b.H zuständig ist. Bei all jenen Kartenverkäufen, welche über den ART fort ART Theaterservice getätigt werden, bekommt der Vertreter Culturall keine Vergütung vom Burgtheater ausbezahlt.

3.1.4 Konsumentenschutzgesetz

Das Konsumentenschutzgesetz findet Anwendung bei allen Rechtsgeschäften, die zwischen einem Unternehmen und deren KonsumentInnen stattfindet. Bei einem Unternehmen handelt es sich hierbei um eine Organisation, welche wirtschaftliche Tätigkeiten ausübt. Juristische Personen, die im öffentlichen Recht handeln, werden dabei immer als ein Unternehmen bezeichnet (WKO Wien, 2021). KonsumentInnen bzw. VerbraucherInnen sind jene, die ein Rechtsgeschäft abschließen, wo keine gewerblichen Tätigkeiten ausgeübt werden. VerbraucherInnen schließen ihr Rechtsgeschäft nur für private Zwecke ab und nicht für jene Geschäfte, welche eine Anwendung in einem Unternehmen finden. (Österreich.gv.at, 2021)

Wie bereits schon im Abschnitt in der Theorie der Allgemeinen Geschäftsbedingungen erwähnt wurde, sind spezielle Regelungen in der AGB notwendig, damit man überprüfen kann, ob die Klauseln wirksam sind. Zu diesen bestimmten Regelungen gehören die Geltungskontrolle, das Transparenzgebot und die Inhaltskontrolle, wobei die Geltungskontrolle bereits im oberen Abschnitt der Seminararbeit erläutert wurde. Das Transparenzgebot und die Inhaltskontrolle werden in diesem Bereich näher beschrieben, da sie in den Bereich des Konsumentenschutzgesetzes fließen, wobei sie hier auch häufig Anwendung finden.

Im § 6 Abs 3 KSchG befinden sich jene Regelungen, welche im Transparenzgebot angewendet werden. Diese besagt, dass die jeweiligen AGB-Klauseln für die KonsumentInnen durchschaubar formuliert sein sollten (Springer Link, 2007). Das Transparenzgebot ist deshalb notwendig, da die Vertragsklauseln meist unverständlich und mehrdeutig formuliert sind, wobei die VerbraucherInnen die allgemeinen Regeln dadurch oft fehlinterpretieren. Falls diese Klauseln auch mit Hilfe

der Auslegungsregeln welche in § 914 und § 915 beschrieben werden, noch immer unverständlich sind, dann handelt es sich hierbei um eine unwirksame Klausel. Eine wesentliche Zusatzinformation dabei ist, dass das Transparentgebot nur dann gilt, wenn es sich bei den KundInnen um VerbraucherInnen handelt. Außerhalb eines Verbrauchergeschäftes müssten die AGB-Klauseln prinzipiell nicht transparent erfasst werden (Perner et al., 2014, S. 69).

Nicht nur das Transparenzgebot ist ein wesentlicher Bestandteil, um die Gültigkeit der AGB-Klauseln zu überprüfen, sondern auch die Inhaltskontrolle sollte hierbei angewendet werden. Im § 879 Abs 3 ABGB wird die gesetzliche Regelung für die Inhaltskontrolle betreffend der Allgemeinen Geschäftsbedingungen festgelegt. Diese besagt, dass in den AGBs oder in Vertragsformblättern enthaltene Vertragsbestimmungen nichtig sind, wenn dadurch die VertragspartnerInnen gröblich benachteiligt werden. Die Inhaltskontrolle ist dabei nur für die Prüfung der Nebenbestimmungen der Klauseln zuständig, dadurch wird sie als eine spezielle Form der Sittenwidrigkeitskontrolle angesehen. Die Hauptleistungen werden im § 879 Abs 2 Z 4, § 934 und in § 879 Abs 1 kontrolliert. Bei diesen Paragraphen handelt es sich um jene Gesetzesbereiche die sich mit den Bestimmungen vom Wucher, Laesio enormis und der allgemeinen Sittenwürdigkeitskontrolle auseinandersetzen (Perner et al., 2014, S. 70).

Weitere gesetzliche Richtlinien, welche sich auf die Inhaltskontrolle beziehen, werden im § 6 Abs 1 und 2 KschG definiert. Der Fokus im § 6 KschG liegt hier hauptsächlich auf den unzulässigen Vertragsbestandteilen. Im ersten Absatz des § 6 KschG werden all jene Vertragsbestimmungen aufgelistet, welche nichtig sind. Dabei spielt es keine Rolle, ob diese Bestimmungen in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen exakt definiert wurden oder dies zwischen den einzelnen Personen ausgehandelt wurde. (Perner et al., 2014, S. 70 f). Besonders im § 6 Abs 1 Z 5 KschG sind dabei bestimmte Regelungen festgelegt, welche sich auf die nachträgliche Veränderung von Preisen bezieht. Die nachträgliche Preisveränderung ist nämlich nur dann wirksam, wenn die Umstände sachlich gerechtfertigt und konkret umschrieben sind (Budak, 2005, S. 13 f).

Der § 6 Abs 2 KschG besagt, dass die jeweiligen bestimmten Klauseln nur dann berufen werden können, wenn ein Beweis vorliegt, welcher vorweist, dass diese speziellen Vertragsbestimmungen zwischen den einzelnen VertragspartnerInnen bereits ausgehandelt wurden. (Perner et al., 2014, S. 71) Im § 6 Abs 2 Z 4 KschG findet man ebenfalls eine spezielle Regelung, welche sich auf die Preisveränderungen fokussiert. Diese besagt, dass eine Erhöhung des Entgeltes für die erbrachte Leistung nach 2 Monaten des Vertragsabschlusses nichtig ist. Falls diese Leistung bereits im Vorhinein mit dem Einzelnen ausgehandelt wurde und dies auch beweisbar ist, dann handelt es sich hierbei um einen zulässigen Vertragsabschluss.

3.1.5 Zahlungsdienstgesetz

Das Zahlungsdienstgesetz ist unter der Umsetzung der europäischen Richtlinien am 1. November 2009 in Kraft getreten, wobei diese am 1. Juni 2018 erneuert wurde. Im ZaDiG 2018 wurde die zweite Zahlungsdiensterichtlinie umgesetzt, wobei es zwischen dem ZaDiG 2009 und dem ZaDiG 2018 keine grundlegenden neuen Vorschriften gibt. Im neuen Zahlungsdienstgesetz wurde ein wichtiger Bestandteil der technischen Weiterentwicklung berücksichtigt. Dadurch werden im ZaDiG 2018 auch die elektronischen Zahlungsdienste beachtet, welche beispielsweise im ZaDiG 2009 noch nicht umgesetzt waren. Das Zahlungsdienstgesetz ist im Allgemeinen für die Regelung von den jeweiligen Rechten und Pflichten zuständig, welche zwischen den Zahlungsdienstleistern und deren Nutzern aus gewerblicher Sicht anfallen (WKO Wien, 2020).

Das Zahlungsdienstgesetz wird nicht in allen Bereichen, wo eine Tätigkeit einen Zahlungsvorgang auslöst, angewendet. Deshalb ist es besonders wichtig, dass bereits im Vorhinein geklärt wird, in welchen Bereichen das ZaDiG tatsächlich Anwendung findet. Ein typischer Anwendungsbereich für das Zahlungsdienstgesetz findet man in den Einzahlungs- und Auszahlungsgeschäften. Darunter fallen alle Geschäfte, wo mit Bargeld oder Buchgeld bezahlt wird. Bei jenen Zahlungsgeschäften, wo eine Kreditgewährung erlaubt ist, wird das Zahlungsdienstgesetz ebenfalls in Anspruch genommen. Dabei handelt es sich um alle Zahlungen die mittels Kreditkarte, Überweisung oder Lastschrift durchgeführt werden. Zusätzlich wird dieses Gesetz

auch bei jenen Geschäften in Anspruch genommen, wo eine Kreditgewährung nicht geduldet wird (WKO Wien, 2020).

Es gibt auch einige Bereiche, wo das Zahlungsdienstgesetz keine Anwendung findet. Darunter fallen jene Zahlungsbereiche, die durch eine direkte Barzahlung stattgefunden haben. Zusätzlich gibt es noch einige weitere Bereiche, wo das ZaDiG nicht angewendet wird, wie beispielsweise bei physischen, gewerblichen Geldtransporten, bei Geldwechselgeschäften und noch einigen weiteren Bereichen, welche aber für diese Seminararbeit keine Relevanz aufweisen. Dabei gibt es aber noch einen weiteren sehr wesentlichen Bereich, wo das Zahlungsdienstgesetz ebenfalls nicht Anspruch genommen werden kann, nämlich jene Tätigkeiten, die durch einen Handelsagenten bzw. Handelsvertreter durchgeführt werden. Wobei es hierbei seit 2018 eine Ausnahme gibt, die besagt, dass die Handelsvertreter entweder im Namen des Zahlers oder im Namen des Zahlungsempfängers handeln dürfen. Dabei wird deutlich dargestellt, dass hierbei der Handelsvertreter nicht im Namen beider Parteien handeln darf (WKO Wien, 2020). Diese Ausnahmeregelung wurde eingeführt, damit man eine Wettbewerbsverzerrung vermeiden kann, da diese Regelungen nicht nur in Österreich angewendet werden, sondern auch in den restlichen Mitgliedstaaten der EU. (Stripe, 2021)

Bereits in der Einleitung der Seminararbeit wurde kurz darauf hingewiesen, dass die Burgtheater GmbH ebenfalls auf das Zahlungsdienstgesetz verweist. Dabei wird besonders auf dem § 27 Abs 6 ZaDiG hingewiesen. Dieser Paragraph ist seit 31.05.2018 außer Kraft gesetzt und findet daher keine Anwendung mehr im Zahlungsdienstgesetz. Im neuen Zahlungsdienstgesetz vom Jahr 2018 findet man diese Regelung im § 56 Abs 3 ZaDiG. In diesem Paragraphen findet man dieselbe gesetzliche Regelung wie im § 27 Abs 6 ZaDiG vom Jahr 2009, wobei noch zusätzlich eine Ergänzung angefügt wurde (VKI, 2018). Der § 56 Abs 3 ZaDiG vom Jahr 2018 besagt, dass den Zahlern für die Nutzung eines bestimmten Zahlungsinstrumentes eine Ermäßigung angeboten werden darf. In diesem Paragraphen wird auch festgelegt, dass es sich nicht ausschließlich um eine Ermäßigung handeln muss, es können auch andere Anreize geben werden, damit die ZahlerInnen das jeweilige Zahlungsinstrument nutzen. Zusätzlich wird noch deutlich darauf hingewiesen, dass die Erhebung eines Entgeltes durch die Nutzungen des Zahlungsinstrumentes

gesetzwidrig ist. Dadurch lässt sich erkennen, dass die Zahlscheingebühren in Österreich nicht erlaubt sind. Durch die Verrechnung von diesen Zahlscheinentgelten würde die ZahlungsempfängerInnen nämlich gegen den § 56 Abs 3 ZaDiG verstoßen.

Zahlscheingebühren werden oft in unterschiedlichsten Bezeichnungen, wie beispielsweise als Bearbeitungsgebühren, Einhebungsgebühren und durch viele weitere Benennungen, in Rechnung gestellt. Obwohl diese Zahlscheingebühren bereits seit 2009 in Österreich nicht mehr erlaubt sind, wurden die Gebühren trotzdem von vielen Unternehmen in den letzten Jahren verlangt (vgl. Verbraucherrecht.at 1). Ein sehr bekanntes Beispiel dafür waren mehrere unterschiedliche Mobilefunkanbieter, wie T-Mobile und A1. Als Resultat bestätigte der OGH die Unzulässigkeit von Zahlscheingebühren und verurteilte dadurch auch die jeweiligen Mobilefunkanbieter, da diese gegen die entsprechenden Klauseln verstoßen haben (VKI, 2014).

3.2 Diskussion relevanter Rechtsbereiche

In diesem Abschnitt der Seminararbeit werden alle wesentlichen Bereiche miteinander verknüpft, welche für die richtige Interpretation des Fallbeispiels Burgtheater Wien notwendig sind. Dabei wird bereits zu Beginn dieses Abschnittes, eine vorliegende Rechnung von einem Abonnement, welche aus der Saison 2014/2015 stammt, analysiert. Mithilfe der bereits gesammelten Information von den jeweiligen relevanten Rechtsbereichen und der dargestellten Rechnung, kann ein wesentlicher Bezug zwischen dem Burgtheater und den oben angeführten Rechtsbereichen dargestellt werden. Dies dient der kritischen Hinterfragung und der Analyse der Kostenwahrheit, über jene anfallenden Verwaltungsgebühren bzw. Unkostenbeiträge, welche bei einer Bezahlung eines Abonnements zusätzlich anfallen.

3.2.1 Darstellung der vorliegenden Rechnung des Burgtheaters

Damit die Verwaltungsgebühren bei einer Rechnung des Burgtheaters in Wien besser analysiert werden kann, ist die Darstellung einer bereits vorliegenden Rechnung notwendig. Bei einer Rechnung aus der Saison 2019/2020 werden die jeweiligen Unternehmen, welche unter fremden Namen und auf fremder Rechnung, das heißt

unter dem Namen des Burgtheater tätig werden, nicht deutlich aufgelistet. Daher wird für die Darbietung ein Ausschnitt von einer bereits älteren Rechnung, welche aus der Saison 2014/2015 stammt, gewählt, da hier auch deutlich das jeweilige Unternehmen dargestellt wird, welches für die Rechnungsabwicklung zuständig ist.

Abbildung 2: Rechnung eines Abonnements

Wien, den 25.08.2015			
Neuaufnahme/Änderung des Abonnements ab der Saison 2014/2015			
Spielstätte: Burgtheater		SONNTAG NM ABO 72 NEU	
Preisgruppe: 4	Tag: Sonntag	Serie: 72	Zahlung: 1
Burgtheater	1.Rang-Loge ()	Loge 5 R. 1 Pl. 1	117.00
Burgtheater	1.Rang-Loge ()	Loge 5 R. 1 Pl. 2	117.00
Gesamtpreis (inkl. 4,5 EUR Verwaltungsgebühr und MWSt.)			EUR 234.00
<p>DIE MIR ÜBERGEBENEN ABONNEMENTBEDINGUNGEN HABE ICH ZUR KENNTNIS GENOMMEN UND ANERKANNT. WEITERS NEHME ICH ZUR KENNTNIS, DASS DIE VON MIR GEMachten ANGABEN MITTELS ELEKTRONISCHER DATENVERARBEITUNG GESPEICHERT UND VERARBEITET WERDEN. MIT DER VORSTEHENDEN ÄNDERUNG MEINES UNTER DER OBIGEN ABONNENTENNUMMER LAUFENDEN VERTRAGES ERKLÄRE ICH MICH EINVERSTANDEN, ÜBER DIE STORNOFRIST WURDE ICH INFORMIERT.</p>			
WIEN, AM UNTERSCHRIFT D. ABONNENTEN	
<p>Das Clearing von Kreditkartentransaktionen wird von Culturall Handelsges.m.b.H. Am Modenapark 11 A-1030 Wien durchgeführt.</p>			

Quelle: Walcher, 2015b

Wie man in der Abbildung 2 sehr gut erkennen kann, wird bereits zu Beginn der Rechnung die Spielstätte dargestellt. Hierbei kann deutlich festgestellt werden, dass es sich um ein Festabonnement des Burgtheaters handelt. Zusätzlich werden auch die Kosten für das jeweilige Abonnements dargestellt, wobei dieser Zahlungsbetrag an die entsprechende Preisgruppe angepasst wurde. Bei dieser Rechnung wird auch deutlich abgebildet, dass Verwaltungsgebühren von € 4,50 zusätzlich anfallen. Die Verwaltungsgebühren werden dabei nicht separat aufgelistet, sondern bereits als Teil des Gesamtpreises miteinkalkuliert. Dies widerspiegelt sehr deutlich die jeweilige

Problemstellung, worauf sich diese Seminararbeit fokussiert. Ein Weiterer wesentlicher Teil, welcher in der Abbildung 2 sehr gut dargestellt wurde, ist die Kennzeichnung darüber, welches Unternehmen für das Clearing der Kreditkartentransaktionen zuständig ist. Dabei findet man in der letzten Zeile der vorgelegten Rechnung, dass die Culturall Handelsges.m.b.H. für diese Tätigkeiten zuständig ist.

3.2.2 Verknüpfung Handelsvertretergesetz mit Burgtheater

Damit die relevanten Rechtsbereiche mit dem Burgtheater Wien erfolgreich zusammengelegt werden können, ist es wichtig, dass die AGB des Burgtheaters berücksichtigt wird. Im Abschnitt der AGB wurde dabei bereits erwähnt, dass für den Kartenverkauf die ART for ART Theaterservice GmbH und die Culturall Handelsges.m.b.H verantwortlich sind. Diese zwei Unternehmen sind dabei auf fremden Namen und auf fremder Rechnung tätig, wobei diese auch ständig mit dem Burgtheater Wien betraut sind. Zusätzlich wurde bereits in der AGB geklärt, dass die Kartenpreise ausschließlich vom Burgtheater festgelegt werden und die ART for ART sowie das Culturall keine zusätzlichen Aufschläge berechnen (Burgtheater, 2021).

Da die jeweiligen Unternehmen ART for ART Theaterservice und Culturall auf fremden Namen und auf fremder Rechnung tätig sind, lässt sich ein Muster erkennen, dass es sich hierbei um einen Handelsvertreter handeln könnte. Dabei kann bereits im Vorhinein ausgeschlossen werden, dass es sich bei der ART for ART um einen Handelsagenten handelt, da dieser Theaterservice ein Teil der Bundestheater-Holding GmbH ist. Ein Handelsvertreter ist dabei nicht durch ein anderes Unternehmen gebunden, sondern er bildet ein eigenes separates Unternehmen. Dabei muss er auch sein eigenes Unternehmensrisiko tragen. Durch diese Eigenschaften lässt sich deutlich erkennen, dass es sich bei der Culturall Handelsges.m.b.H um einen Handelsvertreter handelt, da dieses Unternehmen keinen Anteil an der Bundestheater-Holding GmbH hat und somit ein eigenes separates Unternehmen ist.

Der Handelsvertreter bekommt vom jeweiligen Unternehmen immer eine vereinbarte Vergütung für ihrer Tätigkeiten. Dabei kann man daraus schließen, dass die Culturall Handelsges.m.b.H eine Provision oder eine Gewinnbeteiligung vom Burgtheater Wien bekommt. Dabei ist es wichtig, dass für den jeweiligen Kartenverkauf die Culturall Handelsges.m.b.H zuständig ist.

Zwischen dem Handelsvertreter und den anfallenden Verwaltungsgebühren, welche beim Kauf eines Abonnements anfallen, lässt sich ein Zusammenhang erkennen. Bereits in der Einleitung dieser Seminararbeit wurde erwähnt, dass im „FAQ des Festabonnements“ die Verwaltungsgebühren im Zusammenhang mit der Culturall Handelsges.m.b.H gebracht werden. Laut dem FAQ entfallen hierbei die Verwaltungsgebühren, wenn man einen Einziehungsauftrag genehmigt. Dabei wird deutlich aufgezeigt, dass dies nur jenen Kartenverkauf betrifft, welche von der Culturall Handelsges.m.b.H durchgeführt werden. Auch im unteren Abschnitt der vorgelegten Rechnung, welche in Abbildung 2 dargestellt wurde, ist zu erkennen, dass für diesen Kartenverkauf der Handelsvertreter nämlich Culturall Handelsges.m.b.H zuständig ist. Bei dieser Rechnung fallen ebenfalls die Verwaltungsgebühren von € 4,50 pro Karte an.

Durch die Verknüpfung der Verwaltungsgebühren mit dem jeweiligen Rechtsbereich, welche sich auf den Handelsvertreter bezieht, könnte abgeleitet werden, dass es sich bei diesen Gebühren um eine Vergütung für die erbrachten Tätigkeiten handelt. Dabei handelt es sich nämlich um einen Bruchteil der Provision bzw. um die Gewinnbeteiligung an der Burgtheater Wien GmbH.

3.2.3 Verknüpfung Konsumentenschutzgesetz mit Burgtheater

In der AGB des Burgtheaters sind einige Klauseln enthalten, welche auch eine sehr wichtige Rolle für die KonsumentInnen spielen. Damit es sich bei diesen Klauseln tatsächlich um wirksame Auflagen handelt, welche auch für die KonsumentInnen verständlich sind, kann dies mit der Geltungskontrolle, dem Transparenzgebot und der Inhaltskontrolle überprüft werden. Diese Regelungen wurden bereits beschrieben und finden ihren Ursprung in der ABGB und dem Konsumentenschutzgesetz.

Für die Sicherstellung der Kostenwahrheit, spielt der § 6 Abs 1 Z 5 KschG eine wesentliche Rolle. Diese Regelung besagt, dass für eine nachträgliche Preisänderung, die anfallenden Umstände konkret umschrieben und sachlich gerechtfertigt werden müssen. Dabei ist kritisch zu hinterfragen, ob es sich bei diesen Verwaltungsgebühren, welche beim Kauf eines Abonnements anfallen, ebenfalls um eine nachträgliche Preisänderung handelt. Streng genommen wird hier keine Preisänderung am Abonnement durchgeführt, sondern nur zusätzliche Kosten am Gesamtpreis mit inkludiert.

Zusätzlich kann der § 6 Abs 2 Z 4 KschG für die kritische Hinterfragung der Kostenwahrheit, hier zu Hilfe genommen werden. In diesem Paragraphen wird deutlich definiert, dass eine Preiserhöhung nur dann gültig ist, wenn die erbrachte Leistung bereits im Vorhinein mit dem Gegenüber ausgehandelt wurde. Dabei ist es besonders wichtig, dass ein dementsprechender Beweis für die Festlegung der Preiserhöhung vorliegen muss, damit die ausgehandelte Preisveränderung auch tatsächlich wirksam ist.

Wird dies mit der vorliegenden Rechnung des Burgtheaters in Verbindung gebracht, lässt sich erkennen, dass man sich auf diese Klausel nicht berufen kann. Grund dafür ist, dass die Verwaltungsgebühren für die TheaterbesucherInnen deutlich zu erkennen sind, da diese Gebühren bereits auf der jeweiligen Rechnung des Burgtheaters gedruckt werden. Dadurch wird die Preiserhöhung in Form von Verwaltungsgebühren den KundInnen im Vorhinein offengelegt. Diese Rechtsbestimmung findet daher keine Anwendung, da die jeweiligen Kosten bereits bei der Ausstellung der Rechnung offenkundig dargestellt werden.

3.2.4 Verknüpfung Zahlungsdienstgesetz mit Burgtheater

Das Zahlungsdienstgesetz ist einer der wichtigsten Rechtsbereiche in dieser Seminararbeit. Dabei wird sie auf zwei unterschiedlichen Sichtweisen, nämlich aus der Perspektive des Burgtheaters und aus der Sicht der KundInnen, angewendet. Laut dem Burgtheater in Wien handelt es sich bei der Nichtverrechnung der Verwaltungsgebühren um eine zulässige Ermäßigung laut dem § 27 Abs 6 ZaDiG (Walcher, 2015a). Wie bereits erwähnt, ist dieser Paragraph bereits veraltet und wurde

durch folgende Regelung des § 56 Abs 3 ZaDiG ersetzt. Diese Gesetzesregelung wird auch aus der Sicht der TheaterbesucherInnen in Anspruch genommen.

Durch die Verknüpfung des Gesetzbereiches mit dem Burgtheater Wien lassen sich die ersten Diskrepanzen deutlich erkennen. § 56 Abs 3 ZaDiG besagt, dass das Unternehmen den ZahlerInnen eine Ermäßigung anbieten kann, wenn bei der Bezahlung ein bestimmtes Zahlungsinstrument genutzt wird. Das Burgtheater hat bereits auf diesen Paragraphen hingewiesen, wobei es damit deutlich klarstellen wollte, dass die Burgtheater GmbH den TheaterbesucherInnen eine Ermäßigung anbieten kann, wenn die jeweiligen BezahlerInnen der Karten einen Einziehungsauftrag bewilligen. Bei einer genaueren Betrachtung des § 56 Abs 3 ZaDiG kann man deutlich erkennen, dass zusätzlich angeführt wurde, dass eine Erhöhung des Entgeltes gesetzlich gesehen nicht erlaubt ist. Falls diese Preiserhöhung im Zusammenhang mit einem bestimmten Zahlungsinstrument zustande kommt, dann spricht man hier von sogenannten Zahlscheingebühren. Aus der Kundenperspektive lässt sich erkennen, dass die BesucherInnen bei allen Zahlungsinstrumenten ausgeschlossenen Einziehungsauftrag mehr bezahlen müssen.

Durch diese gesammelten Informationen kann man deutlich erkennen, dass es sich hierbei nicht um eine zulässige Ermäßigung handelt. Zahlungen, welche mit Erlagschein oder anderen Zahlungsinstrumenten durchgeführt wurden, sollten bereits im Vorhinein bei der Kartenpreisberechnung berücksichtigt werden. Betrachtet man diese Berechnung aus der betriebswirtschaftlichen Sicht, dann lässt sich deutlich erkennen, dass bei der Bezahlung mittels Zahlschein derselbe Aufwand betrieben wird, als bei einer Bezahlung mittels Einziehungsauftrags. Dadurch lässt sich deutlich erkennen, dass hierbei keine Ermäßigung des Gesamtpreises durchgeführt wurde, sondern eine Preiserhöhung. Somit kann angenommen werden, dass es sich bei diesen anfallenden Verwaltungsgebühren um Zahlscheingebühren handelt, wobei das Burgtheater Wien gesetzeswidrig handelt. (Flatscher, 2015b).

4 Regelungen vergleichbarer Unternehmen

Mithilfe der verschiedenen Rechtsbereiche konnten alle wesentlichen Informationen zusammengetragen werden, welche für die kritische Analyse betreffend der anfallenden Verwaltungsgebühren benötigt werden. Im weiteren Abschnitt der Seminararbeit werden ähnliche Unternehmen mit dem Burgtheater verglichen. Dadurch möchte man in erster Linie feststellen, ob vergleichbare Unternehmen, ebenfalls durch einen Handelsvertreter repräsentiert werden. Der Fokus wird dabei auf die jeweiligen AGBs der vergleichbaren Unternehmen gesetzt. Abschließend sollte durch eine Verknüpfung zwischen den unterschiedlichen Unternehmen und dem Burgtheater Wien festgestellt werden, ob solche zusätzlichen Kosten auch bei diesen ähnlichen Unternehmen anfallen. Damit sollte geklärt werden, ob es sich bei den Verwaltungsgebühren, welche beim Kauf eines Abonnements betreffend der Burgtheater GmbH anfallen, um einen Sonderfall handelt oder, ob die ähnlichen Unternehmen ebenfalls mit solchen zusätzlichen Gebühren hantieren.

4.1 Auswahl der Unternehmen

Bei der Auswahl der Unternehmen wurde darauf geachtet, dass man ähnliche Unternehmen wählt, welche ebenfalls in der Veranstaltungsbranche tätig sind. Damit ein besserer Kontrast vorhanden ist, wird besonders darauf geachtet, dass auch jene Unternehmen gewählt werden, welche sich auch außerhalb der Theaterbranche befinden. In dieser Seminararbeit wird zuerst der Fußballverein FK Austria Wien näher erläutert. Der Fokus liegt dabei auf den jeweiligen Ticketpreisen für ein Fußballmatch, sowie auf den unterschiedlichen Mitgliedsbeiträgen. Im nächsten Schritt werden alle wichtigen Informationen, betreffend der Eintrittskarten und der anfallenden Kosten des Kunsthistorischen Museums näher betrachtet. Auch die Staatsoper Wien, welche ein Teil der Bundestheater-Holding GmbH ist, wird kurz erläutert. Dabei möchte man besonders darauf achten, ob die Zahlungen hier ebenfalls durch einen Handelsvertreter repräsentiert werden. Abschließend wird auch auf das Raimund Theater näher eingegangen, wobei man sich hierbei auf den Kartenverkauf konzentriert. Damit möchte man feststellen, ob das Raimund Theater ebenfalls durch einen Handelsagenten vertreten wird und, ob hier ebenfalls bestimmte Gebühren bei der Bezahlung mittels Einziehungsauftrag entfallen. Für die Sammlung dieser

relevanten Informationen wird die Allgemeine Geschäftsbedingung, der betreffenden Unternehmen, dafür angewendet.

4.1.1 Fußballverein FK Austria Wien

Beim FK Austria Wien handelt es sich um einen Fußballverein, der bereits im Jahr 1911 gegründet wurde. Das Heimstadion „Generali Arena“ des Fußballklubs befindet sich am Favoritner Laaer Berg im 10. Gemeindebezirk von Wien. Dem Fußballklub Austria Wien wurden bereits schon 24-mal den österreichischen Meistertitel verliehen, wobei der Verein auch schon einige internationale Erfolge hatte. Der FK Austria Wien spielt in der höchsten österreichischen Liga, nämlich der Bundesliga (Wikipedia, 2021a).

Für die Teilnahme eines Fußballspieles im Heimstadion gibt es mehrere Möglichkeiten ein Ticket zu erwerben. Dabei können die jeweiligen ZuschauerInnen zwischen einer Mitgliedschaft und einer einzelnen Tageskarte entscheiden. Durch den Erwerb einer Mitgliedschaft können die Fußballfans bei jedem Fußballspiel, welche in einer Saison stattfinden, teilnehmen. Dabei müssen die BesucherInnen einen einmaligen Betrag für die jeweilige Saison anzahlen. Hierbei gibt es für jede Altersklasse unterschiedliche Angebote. Die Mitgliedschaften beginnen bereits bei der sogenannten Löwen-Mitgliedschaft, wobei dies alle Kinder im Alter von 1-10 Jahren betrifft. Die Mitgliedschaften gehen weiter ins Erwachsenenalter und enden mit der Senioren-Mitgliedschaft, wo alle Personen ab 65 Jahren willkommen sind. Für jede Mitgliedschaft sind dabei unterschiedliche Preise festgelegt, welche sich in einem Ausmaß von 22 Euro bis 65 Euro erstrecken. (FK Austria Wien, 2021)

Für den Besuch im Fußballstadion ist hierbei natürlich nicht dringend eine Mitgliedschaft erforderlich. Es können auch Tageskarten für einzelne Fußballspiele erworben werden. Dabei ist deutlich zu erkennen, dass bereits in der Vergangenheit Preisveränderungen durchgeführt wurden. Dem Fußballverein Austria Wien war es dabei immer sehr wichtig, dass bei der Preisgestaltung darauf geachtet wurde, dass den BesucherInnen bessere und fairere Preise angeboten werden. (FK Austria Wien, 2019)

Bei den allgemeinen Geschäftsbedingungen des Fußballklubs Austria Wien werden hierbei alle wichtigen Regelungen getroffen, die während eines Verbrauchergeschäftes anfallen. Der Fokus liegt dabei auf den Erwerb von Tickets für die jeweiligen Fußballspiele sowie auch für den Erwerb der Fanartikel. Diese Erwerbstätigkeiten können sowohl im Fanshop sowie auch im Onlineshop des Fußballvereines erhoben werden. In den AGBs des Fußballklubs wird dabei hervorgehoben, dass die jeweiligen Angebote, welche sich auf die Waren und Preise beziehen, unverbindlich sind. Es handelt sich erst dann um ein verbindliches Angebot, wenn die jeweiligen KundInnen des Fußballvereins die Bestellung auch tatsächlich tätigen, wobei sich diese Regelung hauptsächlich auf den Onlineshop des Vereins bezieht. Der Fokus dieser AGBs liegt dabei auf den Verbrauchergeschäften, welche durch den Onlinehandel durchgeführt werden. Dabei werden alle wichtigen Informationen, betreffend der Versandkosten, Zahlungsmöglichkeiten, und auch der Lieferung der gekauften Artikel festgelegt. Zusätzlich wird kurz erwähnt, dass bei der Bezahlung nur Kreditkarte angenommen wird, jedoch betrifft dies nur den Onlineshop. Weitere Regelungen, betreffend der Preisgestaltung und, ob dieser Verein von einem Handelsvertreter repräsentiert wird, wird in den allgemeinen Geschäftsbedingungen des FK Austria Wiens nicht dargestellt. (FK Austria Wien, 2014)

4.1.2 Kunsthistorisches Museum

Das Kunsthistorische Museum befindet sich in der Nähe der Hofburg in Wien, wobei es gegenüber dem Naturhistorischen Museum liegt. Das Kunsthistorische Museum zählt zu den bedeutendsten Museen sowieso historistischen Großgebäuden der Welt (Wikipedia, 2021b). Das Kunsthistorische Museum sowie noch sechs weitere Standorte gehören zum KHM-Museumsverband. Die weiteren Museen, welche sich in diesem Verband befinden, sind die Kaiserliche Schatzkammer Wien, das Kaiserliche Wagenburg Wien, das Schloss Ambras Innsbruck, der Theseus Tempel Wien, das Theatermuseum sowie das Weltmuseum in Wien. Zusätzlich ist zu erwähnen, dass im Kunsthistorischen Museum unterschiedliche Sammlungen angeboten werden. Diese Sammlungen umfassen die Ägyptisch-Orientalische Sammlung, die Antikensammlung, die Gemäldegalerie, die Kunstkammer, das Münzkabinett sowie die Museumsbibliothek.

Bei dem Erwerb von Karten für den Museumsbesuch gibt es unterschiedliche Ticketangebote. Dabei kann man beispielsweise eine Jahreskarte kaufen, wobei die TicketbesitzerInnen die Möglichkeit bekommen, alle sieben Museen innerhalb des KHM-Museumsverband so oft wie möglich zu besuchen. Des Weiteren gibt es auch spezielle Angebote für Familien sowie für alle Personen unter 25 Jahren. Es werden auch Kombinationen mit anderen Museen, welche nicht im KHM-Museumsverband inkludiert sind, angeboten. Die Preise befinden sich in einem Ausmaß zwischen 22 € und 79 €. Bei bestimmten Anlässen können sich diese Preise auch vorteilhaft für den Kunden verändern, indem bestimmte Aktionen beim Kartenerwerb angeboten werden (KHM-Museumsverband, 2021a).

Das Kunsthistorische Museum verwendet den Erlös, welcher durch die Eintrittskarten, sowie durch Sponsoring und Spenden eingenommen wurden, für die Aufrechterhaltung des österreichischen Kulturerbes. Die restlichen finanziellen Mittel werden hauptsächlich über Steuereinnahmen des Bundes finanziert. Die erwirtschafteten Einnahmen werden dabei nicht nur für die Aufrechterhaltung des Regelbetriebes und Instandhaltung benötigt, sondern die eingenommenen Erlöse fließen zusätzlich auch in Forschungsprojekte, Ausstellungen und Servicearbeiten (KHM-Museumsverband, 2021b).

Die Erlöse, welche hauptsächlich durch die Eintrittskarten eingenommen werden, werden hierbei für wichtige kulturelle Zwecke benötigt. Auch in den AGBs des Kunsthistorischen Museums bzw. des KHM-Museumsverbandes findet man ebenfalls keine Abweichungen dazu, dass die jeweiligen eingenommenen Beträge nicht für kulturelle Zwecke angewendet werden. Zusätzlich ist zu erkennen, dass in den AGBs auch keine Regelungen, betreffend der Preisgestaltung oder zusätzlicher Nebengebühren, festgelegt sind. In den Allgemeinen Geschäftsbedingungen des KHM-Museumsverbandes werden jene Gesetzesregelungen festgelegt, welche sich hauptsächlich auf den Museumsbesuch fokussieren. Dabei steht vor allem das Urheber- und Kennzeichnungsrecht sowie auch alle möglichen Inhalte, welche sich auf das Onlineangebot beziehen, im Mittelpunkt. Wie die einzelnen Preise der Eintrittskarten zustande kommen, werden in den AGBs nicht determiniert (KHM-Museumsverband, 2014).

4.1.3 Staatsoper Wien

Die Staatsoper Wien befindet sich im 1. Gemeindebezirk von Wien und zählt zu den bekanntesten Opernhäusern der Welt. Besonders das Wiener Staatsopernorchester, nämlich die Wiener Philharmoniker, ist bereits weltweit bekannt (Wikipedia, 2021c).

Die Wiener Staatsoper ist ebenfalls ein Teil der Bundestheater-Holding GmbH. Aus diesem Grund wird auch dieselbe allgemeine Geschäftsbedingung wie beim Burgtheater Wien angewendet. Dabei kann festgestellt werden, dass auch die ART for ART Theaterservice GmbH und die Culturall Handelsges.m.b.H für den Kartenverkauf zuständig sind. Somit lässt sich erkennen, dass diese zwei Unternehmen auf Namen und Rechnung der Wiener Staatsoper handeln. Beim Unternehmen Culturall handelt es sich um einen Handelsvertreter, der die Staatsoper Wien repräsentiert. Bei der ART for ART handelt es sich hierbei um keinen Handelsagenten, da dieses Unternehmen ebenfalls ein Teil der Bundestheater-Holding GmbH ist (Wiener Staatsoper, 2021b).

Bei der Analyse der Kartenpreise ist deutlich erkennbar, dass Preisdifferenzen zwischen den einzelnen Vorführungskarten vorhanden sind. Die unterschiedlichen Kartenpreise sind abhängig von den jeweiligen Sitzpositionen. Es werden dabei verschiedene Sitzpositionen angeboten, welche bei der Galerie beginnen und beim Parkett vor der Bühne enden. Desto näher man bei der Bühne einen Sitzplatz ergattern möchte, desto höher fallen auch die Kosten für eine Vorführungskarte an. Deutlich erkennbar ist, dass die Kartenpreise dabei sehr stark variieren. Es besteht die Möglichkeit, dass bereits für € 6,- Karten erworben werden können. Dabei muss der Besucher damit rechnen, dass er im hinteren Bereich des Saales Platz nimmt und womöglich nicht den besten Blick auf die Bühne bekommt. Die jeweiligen Kartenpreise können bis zu einem Wert von € 287,- ansteigen. Bei diesen Karten handelt es sich um jene Sitzplätze, welche sich im Parkett direkt vor der Bühne befinden. Bei einer genaueren Betrachtung der Preisauflistung ist deutlich zu erkennen, dass bei allen Kartenpreisen noch 10 % Umsatzsteuer berechnet werden müssen. Dabei werden keine zusätzlichen Anmerkungen über anfallende Verwaltungsgebühren oder sonstige etwaigen Gebühren gemacht (Wiener Staatsoper, 2021c).

Die Karten für die Opernvorstellungen können auf unterschiedlichen Wegen erworben werden. Dabei besteht die Möglichkeit, die jeweiligen Karten online, telefonisch oder persönlich zu erwerben (Wiener Staatsoper, 2021d). Entscheiden sich die KundInnen dafür, dass sie die Karten online bestellen, dann wird auf den Onlineportal für den Kartenverkauf deutlich sichtbar, dass für den Internetverkauf die Culturall Handelsges.m.b.H zuständig ist. (Wiener Staatsoper, 2021e) Zusätzlich können Karten für die Vorstellungen auch telefonisch oder persönlich beim Opernfoyer oder bei den Bundestheaterkassen ergattert werden. Bei einem telefonischen Kartenverkauf werden dabei nur die Zahlungsinstrumente Kreditkarte oder die BundestheaterCard mit Einziehungsauftrag geduldet (Wiener Staatsoper, 2021d).

Die Karten für die jeweiligen Opernvorstellungen können nicht nur einzeln gekauft werden, sondern auch im Zusammenhang mit der BundestheaterCard. Für die BesitzerInnen dieser Karte besteht die Möglichkeit, dass diese vier Restkarten zu einem Einstandspreis erwerben können. Diese Gelegenheit wird nur für jene BesucherInnen angeboten, die eine BundestheaterCard besitzen. Dabei wird deutlich dargestellt, dass der Erwerb der Restkarten nicht der einzige Vorteil für die KonsumentInnen ist. Besonders auffällig ist, dass hier ebenfalls die BesucherInnen mit sogenannten Vorteilen belohnt werden, wenn die KundInnen mit Bankeinzug bezahlen. Dabei wird die Anmerkung gemacht, dass die BesitzerInnen einer BundestheaterCard eine Vergünstigung auf ihr Abonnement bekommen, wobei dieser Preisnachlass nur dann eintritt, wenn ein Einziehungsauftrag bewilligt wird. (Wiener Staatsoper, 2021f).

Bei der genaueren Betrachtung der BundestheaterCard lässt sich feststellen, dass die Karte nicht nur in der Wiener Staatsoper angewendet werden kann, sondern in allen österreichischen Bundestheatern. Zu diesen Bundestheatern gehören noch die Volksoper Wien, das Burg- sowie Akademietheater, das Kasino am Schwarzenbergplatz und auch das Vestibül. Durch den Besitz solcher Karten können nicht nur Bonuspunkte gesammelt werden, sondern die Karte kann auch noch auf eine Einziehungsermäßigung erweitert werden (Bundestheater, 2021b).

Dabei gibt es drei unterschiedliche Variationen wie diese BundestheaterCard aufgebaut ist. Bei der ersten Variante wird der Einziehungsauftrag nicht genehmigt, deshalb können hierbei nur fünf Bonuspunkte für eine Eintrittskarte gesammelt werden. Als zweite Variante wird die BundestheaterCard mit Einziehungsermächtigung angeboten. Dabei können in erster Linie noch mehr Bonuspunkte pro Karte gesammelt werden. Zusätzlich können die BesitzerInnen die Verwaltungsgebühren, beim Kauf eines Abonnements, sich ersparen. Die dritte Variation ist gleich aufgebaut wie die zweite Variation, der einzige Unterschied hierbei ist, dass die KartenbesitzerInnen mehr Bonuspunkte pro Eintrittskarte sammeln können. Dabei ist eine zusätzliche Anmerkung angegeben, dass diese Vergünstigung durch den Entfall der Verwaltungsgebühren für den Besuch im Wiener Staatsoper erst ab September entfallen. Dadurch wird deutlich dargestellt, dass man zwar einen Einziehungsauftrag bewilligt, aber die versprochene Vergünstigung tritt erst zu einem späteren Zeitpunkt ein. Dadurch werden die KartenbesitzerInnen nicht mit einem sogenannten Vorteil belohnt, wenn die jeweiligen BesucherInnen bereits schon im Sommer eine Vorführung besuchen möchten. Bei der schriftlichen Einwilligung der BundestheaterCard wird darauf hingewiesen, dass für diesen Einziehungsauftrag das jeweilige Unternehmen Culturall Handelsges.m.b.H zuständig ist. Hier wird deutlich gezeigt, dass diese Verwaltungsgebühren nur dann entfallen, wenn für die Rechnungsstellung der Handelsvertreter Culturall dafür verantwortlich ist. Somit kann ausgeschlossen werden, dass diese Vergünstigung bei der ART for ART Theaterservice GmbH anfallen, da bei der jeweiligen Bewilligung betreffend eines Einziehungsauftrages ausdrücklich erwähnt wird, dass dies im Zusammenhang mit der Firma Culturall steht (Bundestheater, 2021b).

4.1.4 Raimund Theater

Das Raimund Theater befindet sich im 6. Gemeindebezirk von Wien und ist als historische Musicalbühne bekannt. (Wikipedia, 2021d) Das Raimund Theater sowie auch die zwei weiteren Spielstätte „Theater an der Wien“ und das „Ronacher“ sind ein Bestandteil der Vereinigten Bühnen Wien GmbH. Dieses Unternehmen wird auch als VBW bezeichnet, wobei dies ein Tochterunternehmen der Wien Holding ist (Wikipedia, 2020).

Bei dem Erwerb der Tickets für einen Musicalbesuch kann festgestellt werden, dass oft unterschiedliche Preise für dieselben Vorführungen verlangt wird. Grund dafür ist, dass bei der Preisgestaltung die einzelnen Tickets dabei abhängig von Angebot und Nachfrage sind. Zusätzlich werden die Ticketpreise unterschiedlich gestaltet, damit alle BesucherInnen in den Genuss einer Musicalvorstellung kommen können. Auch jene Personen, die ein geringes Einkommen haben, wie beispielsweise SchülerInnen (Vereinigte Bühnen Wien GmbH, 2021a). Daher werden auch verschiedene Rabattaktionen sowie Ermäßigungen angeboten. Für jede Altersklasse gibt es hier ein passendes Angebot. Dabei werden bestimmte Ermäßigungen für Senioren und Jugendliche angeboten. Auch für SchülerInnen, StudentInnen sowie für Präsenzdiner werden Rabattaktionen dargestellt. Zusätzlich werden auch noch spezielle Ermäßigungen betreffend Gruppenbuchungen oder auch für Musicalmitglieder angeboten (Vereinigte Bühnen Wien GmbH, 2021b).

Bei der genaueren Betrachtung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Raimund Theaters können noch weitere relevante Informationen gesammelt werden, welche für die Seminararbeit bedeutsam sind. Die AGB bezieht sich dabei auf die Allgemeine Geschäftsbeziehung der VBW, da das Raimund Theater ein Teil dieses Unternehmens ist. Bereits zu Beginn der AGB wird deutlich gemacht, dass für den Ticketshop das WTS Wien Ticket Service GmbH zuständig ist. Dabei handelt dieses Unternehmen im Namen und auf Rechnung der Vereinigten Bühnen Wiens. Da es sich beim Ticketshop um ein eigenes Unternehmen handelt, welches kein Bestandteil der VBW ist, kann davon ausgegangen werden, dass es sich hierbei um einen Handelsvertreter handelt. (Vereinigte Bühnen Wien GmbH, 2021c).

In der AGB werden auch wesentliche Informationen, welche sich auf die Bezahlung der Eintrittskarten bezieht, aufgelistet. Dabei wird deutlich dargestellt, dass bei der Bezahlung für die Eintrittskarten unterschiedliche Bezahlungsmöglichkeiten gestattet sind. Dabei darf die Bezahlung mit Bargeld, per Bankomat- oder Kreditkarte abgewickelt werden. Zusätzlich wird erwähnt, dass bei Onlinebestellungen nur über eine gültige Kreditkarte, PayPal oder Sofortüberweisung bezahlt werden kann.

Mithilfe der AGB konnte auch festgestellt werden, wie die jeweiligen Preise zustande kommen. Dabei wird deutlich gezeigt, dass es sich beim bezahlenden Betrag nicht nur um den Eintrittskartenpreis handelt. Oftmals fallen auch zusätzliche Kosten in Form von Bearbeitungs-, Versand,- und Hinterlegungsgebühren an. Dabei sollte beachtet werden, dass diese zusätzlichen Kosten nicht bei jeder Bezahlung der Eintrittskarte anfallen. Diese Gebühren fallen nur in bestimmten Situationen an, da beispielsweise Versandgebühren nur dann zu Stande kommen, wenn die KundInnen möchten, dass das jeweilige Ticket nach Hause versendet wird (Vereinigte Bühnen Wien GmbH, 2021c). Deutlich zu erkennen ist, dass bei der Rechnungslegung ebenfalls zusätzliche Gebühren anfallen können. Dennoch handelt es sich hierbei nicht um dieselben Gebühren wie bei der Rechnungslegung des Burgtheaters. Das Raimund Theater bzw. die VBW wird zwar von einem Handelsvertreter repräsentiert, es wurden allerdings keine ähnlichen Gebühren festgelegt, welche dieselbe Problematik wie Verwaltungsgebühren aufweisen. Zusätzlich werden den BesucherInnen keine Vorteile versprochen, dass anfallende Gebühren entfallen würden, wenn die KonsumentInnen einen Einziehungsauftrag bewilligen würden.

4.2 Diskussion der Unternehmen mit Burgtheater

4.2.1 Vergleich FK Austria Wien mit Burgtheater

Setzt man das Burgtheater Wien mit dem Fußballklub Austria Wien in Vergleich, wird deutlich, dass diese zwei Unternehmen bei der Rechnungslegung unterschiedliche Vorgehensweisen aufzeigen. Der Fußballverein beauftragt dabei kein anderes Unternehmen, welches für die Rechnungslegung, bezugnehmend für den Verkauf der Tickets oder Fanartikel, zuständig ist. Im Gegensatz dazu, wird die Burgtheater GmbH von einem Handelsagenten vertreten. Somit wurde ein anderes Unternehmen beauftragt, welches im Namen und auf Rechnung des Burgtheaters handelt. Zusätzlich ist deutlich zu erkennen, dass der Fußballverein den Fans keine Preissenkung durch eine Einwilligung eines Einziehungsauftrages anbietet. Dieselbe Preissenkung wie beim Burgtheater, indem die Verwaltungsgebühren entfallen, können dabei nicht angeboten werden, da bei der Rechnungslegung der Fußballspielkarten keine zusätzlichen Gebühren berechnet werden. Dadurch wird deutlich, dass der FK Austria Wien keine sogenannten Zahlscheingebühren verrechnet.

4.2.2 Vergleich Kunsthistorisches Museum mit Burgtheater

Das Kunsthistorische Museum verwendet ihre Entgelte, welche durch Eintrittskarten, Spenden, Sponsoring oder durch anderwärtige Quellen eingenommen wurden, für die Aufrechterhaltung des österreichischen Kulturerbes. Dabei wird vor allem in den AGBs des KHM-Museumsverband deutlich gemacht, dass die Einnahmen ausschließlich für kulturelle Zwecke angewendet werden. Da in den AGBs keine weiteren Informationen, betreffend der Preisgestaltung oder Preissenkungen durch bestimmte Zahlungsinstrumente, angeführt wurden, kann davon ausgegangen werden, dass solche zusätzlichen Nebengebühren bei der Rechnungslegung ausgeschlossen werden können. Im Vergleich zum Burgtheater kann ebenfalls festgestellt werden, dass das Kunsthistorische Museum nicht von einem Handelsvertreter repräsentiert wird.

4.2.3 Vergleich Staatsoper Wien mit Burgtheater

Zwischen der Wiener Staatsoper und dem Burgtheater Wien sind deutlich erkennbare Gemeinsamkeiten vorhanden. Da wie bereits erwähnt, die Staatsoper Wien ebenfalls ein Tochterunternehmen der Bundestheater-Holding GmbH ist, wird dabei auch dieselbe AGB wie bei der Burgtheater GmbH angewendet. Aus diesem Grund wird die Staatsoper vom selben Handelsvertreter, nämlich der Culturall Handelsges.m.b.H, repräsentiert. Zusätzlich ist besonders auffällig, dass die BesucherInnen bei beiden Unternehmen, sowohl von der Staatsoper Wien wie auch vom Burgtheater, die BundestheaterCard beantragen können. Wird beim Besuch der Staatsoper Wien die BundestheaterCard in Anspruch genommen, dann besteht ebenfalls die Möglichkeit, dass die jeweiligen verrechneten Verwaltungsgebühren entfallen können. Des Weiteren ist für die Rechnungslegung der BundestheaterCard ebenfalls der Handelsvertreter Culturall zuständig. Durch diese Tatbestände lassen sich plausible Zusammenhänge zwischen den beiden Unternehmen erkennen. Dabei lässt sich feststellen, dass die Staatsoper Wien ebenfalls mit diesen zusätzlichen Verwaltungsgebühren hantiert, wobei es sich hierbei um sogenannte Zahlscheingebühren handeln könnte.

4.2.4 Vergleich Raimund Theater mit Burgtheater

Das Raimund Theater bzw. die VBW wird auch von einem Handelsagenten vertreten. Diesmal handelt es sich nicht mehr um den Handelsvertreter Culturall sondern um die Firma Wien Ticket Service GmbH. Bei dem Erwerb der Eintrittskarten kann es ebenfalls dazu kommen, dass aus unterschiedlichsten Gründen diverse Gebühren anfallen können. Dabei sollte dennoch beachtet werden, dass diese Gebühren begründet werden können und für ausstehende Personen plausibel sind. Infolgedessen lässt sich auch ein sehr deutlicher Unterschied zwischen dem Raimund Theater und dem Burgtheater Wien erkennen. Das Raimund Theater bietet den KartenkäuferInnen keine Preisminderung an, wenn diese einen Einziehungsauftrag bewilligen. Zusätzlich werden vom Raimund Theater keine Gebühren verlangt, welche nicht nachvollziehbar sind. Dadurch kann ausgeschlossen werden, dass das Raimund Theater zusätzliche Verwaltungsgebühren bei der Rechnungslegung berechnen. In diesem Zusammenhang kann festgestellt werden, dass es sich bei diesen anfallenden Gebühren nicht um dieselben Gebühren wie beim Burgtheater Wien handelt. Dadurch ist deutlich erkennbar, dass es sich bei diesen anfallenden Gebühren um keine Zahlscheingebühren handelt.

5 Fazit

5.1 Zusammenfassende Schlussbetrachtung

In der Einleitung wurde die Frage gestellt, ob es sich bei den zusätzlich berechneten Verwaltungsgebühren, welche beim Kauf eines Abonnements beim Burgtheater Wien anfallen, um sogenannte Zahlscheingebühren handelt. Zusätzlich wollte man mithilfe der Seminararbeit die Kostenwahrheit dieser anfallenden Nebengebühren kritisch analysieren und durch Vergleichsbeispiele (FK Austria Wien, Kunsthistorisches Museum, Staatsoper, Raimund Theater) Unterschiede herausarbeiten.

Mithilfe der relevanten Rechtsbereiche konnten wichtige Informationen darüber gesammelt werden, aus welchen Grund diese Gebühren anfallen könnten. Dabei konnte auch ein Überblick darüber gegeben werden, ob das Burgtheater hierbei eventuell rechtswidrig handelt. Insgesamt wurde bei der Seminararbeit auf drei sehr

wesentliche Rechtsbereiche (Handelsvertretergesetz, Konsumentenschutzgesetz, Zahlungsdienstgesetz) außerhalb der AGB des Burgtheaters, eingegangen. Im Zuge der Analyse des ersten wichtigen Rechtsbereiches, nämlich den Handelsvertretergesetz, konnte festgestellt werden, dass die Burgtheater GmbH von einem Handelsagenten vertreten wird. Wie bereits in der Seminararbeit erwähnt, bekommt ein Handelsvertreter für seine Tätigkeiten eine Vergütung in Form von einer Provision oder Gewinnbeteiligung am Unternehmen. Dies könnte ein ausschlaggebender Grund dafür sein, weshalb diese zusätzlichen Gebühren anfallen und auf Kosten der KonsumentInnen verrechnet werden. Bei diesen Verwaltungsgebühren könnte es sich nämlich um einen Teil der Provision handeln, welche an den Handelsvertreter Culturall ausbezahlt werden.

Das Zahlungsdienstgesetz ist für diese Seminararbeit ebenfalls von besonderer Bedeutung, da dadurch geklärt werden kann, ob es sich bei diesen Verwaltungsgebühren um sogenannte Zahlscheingebühren handelt. Bei den anfallenden Gebühren kann ausgeschlossen werden, dass es sich hierbei um eine zulässige Ermäßigung handelt. Grund dafür ist, dass zusätzliche Gebühren bereits im Kartenpreis miteinkalkuliert werden sollten. Infolgedessen ist ersichtlich, dass bei der Bezahlung mittels Einziehungseintrag keine Ermäßigung angeboten wird, da bereits bei der Berechnung der Verwaltungsgebühren eine Preiserhöhung durchgeführt wurde. Dementsprechend handelt es sich bei diesen Gebühren um Zahlscheingebühren, welche in Österreich grundsätzlich vom Gesetz nicht gedeckt sind und somit nicht erlaubt sind. Dadurch lässt sich schlussfolgern, dass das Burgtheater Wien bzw. dessen Handelsvertreter die Culturall Handelsges.m.b.H gesetzeswidrig, handelt.

In der Seminararbeit wurden auch noch weitere Unternehmen, welche ebenfalls in der Veranstaltungsbranche tätig sind, mit dem Burgtheater Wien verglichen, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei den für den KonsumentInnen anfallenden „Verwaltungsgebühren“ zwischen den Unternehmen zu identifizieren. Durch die Vergleiche mit anderen Unternehmen aus der Veranstaltungsbranche und somit ähnlichen Geschäftszweigen, konnte man deutlich erkennen, dass diese Unternehmen, mit Ausnahme der Wiener Staatsoper, keine zusätzlichen Gebühren an die KonsumentInnen verrechnen. Das Raimund Theater wird beispielsweise ebenfalls

durch einen Handelsvertreter repräsentiert. Dennoch werden bei der Verrechnung der Tickets keine Verwaltungsgebühren oder ähnlich anfallende Kosten berechnet und auf die KonsumentInnen übertragen. Beim Fußballverein, sowie beim Kunsthistorischem Museum fallen bei der Bezahlung der Eintrittskarten keine zusätzlichen Gebühren an. Das einzige Unternehmen, welches ebenfalls Verwaltungsgebühren an die KonsumentInnen verrechnet, ist die Staatoper Wien. Grund dafür ist, dass sowohl das Burgtheater Wien, wie auch die Staatoper Wien ein Teil der Bundestheater-Holding GmbH sind. Infolgedessen wird die Staatoper Wien vom selben Handelsvertreter vertreten, wie die Burgtheater GmbH. Da dieser Handelsvertreter für die Verrechnung der Verwaltungsgebühren beim Burgtheater Wien zuständig ist, ist es auch plausibel, weshalb die Wiener Staatsoper ebenfalls diese Verwaltungsgebühren berechnet. In diesem Zusammenhang besteht die Möglichkeit, dass es sich bei diesen zusätzlichen Gebühren, welche bei der Rechnungslegung der Wiener Staatsoper anfallen, ebenfalls um Zahlscheingebühren handelt.

5.2 Ausblick

Durch die Seminararbeit konnte geklärt werden, dass es sich bei diesen Verwaltungsgebühren, um Zahlscheingebühren handelt. Bereits zu Beginn dieser Arbeit wurde die Frage gestellt, welche Folgen die Verwaltungsgebühren in diesem Ausmaß für die KonsumentInnen haben. Deutlich ersichtlich ist, dass die TheaterbesucherInnen und somit die KonsumentInnen mit diesen Gebühren benachteiligt werden, da dadurch für die KundInnen höhere Kosten anfallen, weil diese Verwaltungsgebühren auf die KonsumentInnen übertragen werden. Abschließend stellt sich nun die Frage, wie man in Zukunft mit nachteiligen Verwaltungsgebühren dieser Art umgehen könnte. Grundsätzlich wäre es denkbar, dass sich betroffene KonsumentInnen an den VKI (Verein für Konsumenteninformation) wenden. Es könnte eine Sammelklage der KonsumentInnen gegen die Burgtheater GmbH angestrebt werden und die Unterlassung der Verrechnung dieser nachteiligen Gebühren angestrebt werden. Damit sich in Zukunft eine Verbesserung zeigt und, um nachteilige Klauseln und Gebühren für die KonsumentInnen im Vorfeld zu verhindern, wäre es unter anderem auch sinnvoll die gesetzlichen Grundlagen, wie zum Beispiel das Konsumentenschutzgesetz anzupassen.

6 Literaturverzeichnis

Budak, G. (2005). Erhebung, Analyse und (gesetzliche, kostenrechnerische) Bewertung von direkt oder indirekt IT-abhängigen Gebühren am Beispiel von Banken und/oder Telekommunikationsunternehmen. Bachelorarbeit, Wirtschaftsuniversität Wien.

Bundestheater. (2021a). Über die Holding, bezogen unter: <https://www.bundestheater.at/de/holding/uber-die-holding> (Zugriff am 18.04.2021).

Bundestheater. (2021b). BundestheaterCard, bezogen unter: <https://www.bundestheater.at/de/bundestheater-card/> (Zugriff am 07.05.2021).

Burgtheater. (2021). AGBs & Hausordnung, bezogen unter: <https://www.burgtheater.at/agbs-hausordnung> (Zugriff am 17.04.2021).

FK Austria Wien. (2014). AGB der FK Austria Wien AG (sowie ihrer Tochter-Unternehmen), bezogen unter: <https://www.fk-austria.at/de/klub/kontakt/agb/> (Zugriff am 28.04.2021).

FK Austria Wien. (2019). Attraktive Ticket-Preise für die nächsten Heimspiele, bezogen unter: <https://www.fk-austria.at/de/n/news/2019/10/attraktive-ticket-preise-fuer-die-naechsten-heimspiele/> (Zugriff am 28.04.2021).

FK Austria Wien. (2021). Austria Mitgliedschaft, bezogen unter: <https://www.fk-austria.at/de/abo-mitglied/mitgliedschaft/> (Zugriff am 28.04.2021).

Flatscher, R. (2015a). E-Mail-Verkehr: Bezahlung meines Abos für 2015/16 unter Abzug unzulässiger Zahlschein-/Verwaltungsgebühren. (05.08.2015 15:04).

Flatscher, R. (2015b). E-Mail-Verkehr: Re: Burgtheater | Ihr E-Mail vom 5. August 2015. (24.08.2015 19:23).

Kalss, S., Schauer, M., Winner, M. (2017). Allgemeines Unternehmensrecht, 3. Auflage. Wien: Facultas Verlags- und Buchhandels AG.

KHM-Museumsverband. (2014). Impressum & AGB, bezogen unter: <https://www.khm.at/entdecken/organisation/impressum-agb/> (Zugriff am 28.04.2021).

KHM-Museumsverband. (2021a). Herzlich willkommen im Kunsthistorischen Museum Wien!, bezogen unter: <https://www.khm.at/besuchen/besuchereinformatio/oeffnungszeiten-eintrittspreise/> (Zugriff am 28.04.2021).

KHM-Museumsverband. (2021b). Wie finanziert sich das Kunsthistorische Museum und was geschieht mit meinem Beitrag?, bezogen unter: <https://www.khm.at/entdecken/organisation/finanzierungshinweis/> (Zugriff am 28.04.2021).

Perner, S., Spitzer, M., Kodek, G. (2014). Bürgerliches Recht, 4. Auflage. Wien: Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung.

Springer Link. (2007) AGB-Kontrolle / Transparenzgebot / Begriffe der „beiderseitigen Hauptleistungen“ / Schriftformklauseln, bezogen unter: <https://link.springer.com/article/10.1007/s00503-006-1055-7#:~:text=Published%3A%20January%202007-.AGB%2DKontrolle%20%2F%20Transparenzgebot%20%2F%20Begriff,der%20%22beiderseitigen%20Hauptleistungen%22%20%2F%20Schriftformklauseln&text=Das%20Transparenzgebot%20des%20%2A7%206.f%3%BCr%20den%20Verbrauch er%20durchschaubar%20sind> (Zugriff am 20.04.2021).

Stripe. (2021). Wie sich PSD2 auf Marktplätze und Plattformen auswirkt: Ein Leitfaden von Stripe zu den europäischen Gesetzesänderungen, bezogen unter: <https://stripe.com/de-us/connect/eu-guide> (Zugriff am 24.04.2021).

Trappmaier, B. (2021). Immobilienrecht, Maklerprovision, bezogen unter: <https://www.rechtsstandpunkt.at/ihr-rechtsstandpunkt/immobilien/maklerprovision> (Zugriff am 18.04.2021).

Verein für Konsumenteninformation (VKI). (2018). Zahlungsdienstgesetz (ZaDiG) 2018, bezogen unter: <https://verbraucherrecht.at/zahlungsdienstegesetz-zadig-2018/3999> (Zugriff am 24.04.2021).

Verein für Konsumenteninformation (VKI). (2014). Zahlscheingebühr: Entgelte sind gesetzwidrig, bezogen unter: <https://www.konsument.at/geld-recht/zahlscheingebuehr-entgelte-sind-gesetzwidrig#:~:text=Die%20Unternehmen%20haben%20diese%20Zahlscheingeb%3%BCr,Entgelte%20f%3%BCr%20Zahlungen%20ohne%20Einzugserm%3%A4chtigung&text=Mehrkosten%20f%3%BCr%20Zustellung%20der%20Rechnung> (Zugriff am 23.05.2021).

Vereinigte Bühnen Wien GmbH. (2021a). Häufig gestellte Frage: Wieso kosten Tickets derselben Kategorie zu verschiedenen Zeitpunkt unterschiedlich viel?, bezogen unter: <https://www.musicalvienna.at/de/hilfe/7/Tickets> (Zugriff am 21.05.2021).

Vereinigte Bühnen Wien GmbH. (2021b). Ermäßigung, bezogen unter: <https://www.musicalvienna.at/de/spielplan-und-tickets/ermaessigungen> (Zugriff am 21.05.2021).

Vereinigte Bühnen Wien GmbH. (2021c). Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB), bezogen unter: <https://www.musicalvienna.at/de/agb> (Zugriff am 22.05.2021).

Walcher, C. (2015a). E-Mail-Verkehr: Burgtheater | Ihr E-Mail vom 5. August 2015. (24.08.2015 14:09)

Walcher, C. (2015b). E-Mail-Verkehr: Burgtheater | Ihr E-Mail vom 24. August 2015. Anhang: Neuaufnahme/Änderung des Abonnements ab der Saison 2014/2015. (25.08.2015 11:27)

Wiener Staatsoper. (2021a). Wiener Staatsballett, bezogen unter: <https://www.wiener-staatsoper.at/wiener-staatsballett> (Zugriff am 18.04.2021).

Wiener Staatsoper. (2021b). Allgemeinen Geschäftsbedingungen, bezogen unter: <https://www.wiener-staatsoper.at/footer/sub/agb/> (Zugriff am 01.05.2021).

Wiener Staatsoper. (2021c). Saalplan & Preise 2020/21, bezogen unter <https://www.wiener-staatsoper.at/service/karten-abos-zyklen/saalplan-preise/> (Zugriff am 05.05.2021).

Wiener Staatsoper. (2021d). Kartenverkauf für Vorstellungen ab 19. Mai, bezogen unter: <https://www.wiener-staatsoper.at/service/karten-abos-zyklen/kartenverkauf-fuer-vorstellungen-ab-19-mai/> (Zugriff am 02.05.2021).

Wiener Staatsoper. (2021e). Spielplan & Karten, bezogen unter: <https://www.wiener-staatsoper.at/spielplan-karten/liste/refDate/2021-06-01/> (Zugriff am 02.05.2021).

Wiener Staatsoper. (2021f). Bundestheatercard, bezogen unter: <https://www.wiener-staatsoper.at/service/karten-abos-zyklen/bundestheatercard/> (Zugriff am 05.05.2021).

Wikipedia. (2020). Vereinigte Bühne Wien, bezogen unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Vereinigte_B%C3%BChnen_Wien (Zugriff am 21.05.2021).

Wikipedia. (2021a). FK Austria Wien, bezogen unter: https://de.wikipedia.org/wiki/FK_Austria_Wien (Zugriff am 28.04.2021).

Wikipedia. (2021b). Kunsthistorisches Museum, bezogen unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Kunsthistorisches_Museum (Zugriff am 30.04.2021).

Wikipedia. (2021c). Wiener Staatsoper, bezogen unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Wiener_Staatsoper (Zugriff am 01.05.2021).

Wikipedia. (2021d). Raimundtheater, bezogen unter: <https://de.wikipedia.org/wiki/Raimundtheater> (Zugriff am 21.05.2021).

WKO Wien. (2021). Wann kommt das Konsumentenschutzgesetz zur Anwendung?, bezogen unter: https://www.wko.at/service/wirtschaftsrecht-gewerberecht/Wann_kommt_das_Konsumentenschutzgesetz_zur_Anwendung_.html (Zugriff am 20.04.2021).

WKO Wien (2020): Zahlungsdienstegesetz und Zahlungsinstitute, bezogen unter: <https://www.wko.at/branchen/information-consulting/finanzdienstleister/artikel-zahlungsdienstegesetz.pdf> (Zugriff am 23.04.2021).

Österreich.gv.at. (2021). Begriffslexikon, bezogen unter: <https://www.oesterreich.gv.at/lexicon/V/Seite.991472.html#:~:text=Eine%20Verbraucherin%20Fein%20Verbraucher%20ist,gewerblichen%20T%C3%A4tigkeit%20zugerechnet%20werden%20kann> (Zugriff am 20.04.2021).